

Rede zur Finanzmarktkrise (Plenarsitzung vom 15.10.2008)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Als Nächster hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Sagel.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine tolle Märchenstunde, die wir heute hier vonseiten der Landesregierung im Landtag erleben. Ich bin angesichts der Aussage „*Keine Auswirkungen auf den Landeshaushalt*“ schon gespannt, wenn es heißt: Es war einmal.

Noch vor Kurzem bin ich hier im Landtag ausgelacht worden, als ich mich kritisch zu den Auswirkungen der Finanzmarktkrise geäußert habe und als ich eine Regulierung und bessere Kontrolle der Finanzmärkte und eine Vergesellschaftung des Bankensektors gefordert habe. Mittlerweile bin ich in bester Gesellschaft. Selbst in den USA wird über die Teilprivatisierung von Banken geredet. Der Nobelpreisträger Krugman, der kürzlich den Nobelpreis bekommen hat, denkt in die gleiche Richtung.

Sie, Herr Rüttgers und Herr Linssen, haben sich der Lächerlichkeit preisgegeben. Sie sind die Finanzchaoten und nicht wir. Denn die Spekulationsblase der Finanzmärkte ist geplatzt und fegt wie ein Sturm über den globalen Kapitalismus hinweg. Im Sog der Milliardenkrise verschwinden auch die Märchen von den neoliberalen Segnungen der besten aller möglichen Wirtschaftssysteme. „Privat vor Staat“, das ist Ihre Regierungsthese: Öffnung der Märkte und der Abbau staatlicher Regulierung. Genau das ist gescheitert.

Die akute Bedrohung ist auch daran zu erkennen, dass sogar die Hohepriester des Neoliberalismus – Herr Papke sollte genau zuhören, aber er ist nicht da –, die Manager der Großbanken, jetzt nach dem Staat rufen und staatliche Sicherheiten einfordern, und dies alles zulasten der Steuerezahlenden. Nachdem Milliardengewinne aus Spekulationen zunächst privatisiert wurden, sollen jetzt die Verluste sozialisiert werden. Die Leute haben das verstanden, auch in NRW. Die erste Konsequenz ist: Die Mehrheit von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen ist weg.

Selbst die konservative und wirtschaftsfreundliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt – ich zitiere –: *Die langfristigen Kosten dieser Krisenfolge hat allerdings noch niemand berechnet.* – Das zu den Haushaltsauswirkungen. Sie schreibt weiter: *In kürzester Zeit werden horrenden Summen aufgebracht und heikle Gesetze durchgepeitscht.* – Das zu dem, was auch vonseiten der FDP hier gesagt worden ist.

Das Versagen der Finanzwirtschaft offenbart das Versagen der herrschenden Politik, denn die jetzige Regierung wie die Vorgängerregierung haben es nicht nur versäumt, Spielregeln für die internationalen Finanzmärkte zu definieren, sondern sich selbst mit Milliarden von Steuergeldern an

den hemmungslosen Spekulationen dieser Branche beteiligt.

Zur SPD und Frau Kraft: Nicht die SPD hat sich für die Regulierung der Finanzmärkte eingesetzt, sondern es war allein Oskar Lafontaine. – Genau deswegen ist er damals auch aus der Regierung gegangen,

(Lachen von CDU und FDP)

weil genau das in der Schröder-Regierung nicht möglich war. Sie stellen jetzt seit zehn Jahren den Finanzminister in Deutschland. Der Einzige, der etwas in diese Richtung getan hat, war Lafontaine. Seitdem ist dazu von Ihnen nichts mehr gekommen.

(Zurufe von der SPD)

Die Linke fordert: Es ist höchste Zeit, das Spielkasino zu schließen, höchste Zeit die Zocker, Spekulanten und Bankvorstände zur Rechenschaft zu ziehen und sie in finanzielle Haftung zu nehmen, statt sie auch noch mit Millionenabfindungen nach Hause zu schicken.

Die Folgen der Finanzkrise greifen bis tief in das Leben der Menschen. Sie reichen bis ins Private. In den Rettungspaketen befinden sich keine abstrakten Summen, sondern der kollektive Besitz der Mehrheit der Bevölkerung in Form von Steuergeldern.

Während zur Durchsetzung der schändlichen Hartz-IV-Gesetze angeblich Milliardenersparungen als Begründung herhalten mussten, stehen für die Sanierung von Banken wie der IKB und der Hypo Real Estate in Deutschland Milliardensummen ohne Limit zur Verfügung, die anschließend für sozialstaatliche Zwecke und Infrastrukturaufgaben in den öffentlichen Haushalten fehlen.

Bereits jetzt hat die Krise die Kommunen erreicht. Die Bürger/-innen in NRW zahlen schon wegen der WestLB-Krise die Zeche. Und das ist erst der Anfang. Momentan geht es zu wie auf einem Basar. Plötzlich sind Hunderte von Milliarden Euro vorhanden; wie Manna fällt es vom Himmel, ohne dass der Steuerzahler weiß, wer und wie er dafür aufkommt.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat vor Kurzem vorgerechnet, was man schon mit einer Summe von 100 Milliarden € machen könnte. Dies entspräche dem Zwanzigfachen dessen, was eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer erbringen würde. Damit ließen sich die deutschen Renten locker um ein Viertel erhöhen und die Zahlungen für Hartz-IV-Empfänger verdreifachen. Wir von der Linken wollen keinen Finanzdiktator Steinbrück. Die demokratische Kontrolle über eine halbe Billion Euro ist nicht gegeben; denn es gibt keine Mitsprache des Parlaments, wem und in welcher Höhe das Geld zukommt.

Laut „Handelsblatt“ sind – ich zitiere – immerhin die gesamten deutschen Steuereinnahmen eines

Jahres das, was hier auf dem Tableau steht. – Die Bundesregierung hat zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise am 13.10.2008 ein Maßnahmenpaket in Höhe von ca. 500 Milliarden € beschlossen. An der Verteilung und den Risiken sollen auch die Bundesländer zu 35 % beteiligt werden. Ich sage hier sehr deutlich: Ich bin dagegen, wenn das von der Bundesregierung vorgelegte Maßnahmenpaket und das Finanzmarktstabilisierungsgesetz ohne weitere Kriterien und ohne weitere zusätzliche Regelungen so verabschiedet werden sollen. Dieser Rettungsplan ist ein Milliardengeschenk an die Banken und ihre Aktionäre. Die Steuerzahler/-innen sollen Milliarden in die Banken zur Absicherung von deren Verlusten stecken ohne entsprechende Gegenleistungen. Diese Art der Krisenbewältigung ist so, als ob man Drogendealer mit der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität beauftragt. Eine solche Geldspritze wird überdies verpuffen, wenn nicht gleichzeitig die Finanzmärkte streng reguliert werden. Unabdingbare Maßnahmen wie das Verbot von Hedgefonds, die Verbriefung von Schuldpapieren und von außerfinanziellen Bankgeschäften über Tochterfirmen sind aber bisher nicht vorgesehen. Deswegen – das möchte ich abschließend sagen – beantrage ich auch Abstimmung in den Einzelpunkten zu meinem Antrag, den ich hier gestellt habe. Das sind sieben Punkte. Ich beantrage dasselbe auch für den SPD-Antrag, nämlich dass er in seinen Einzelpunkten abgestimmt wird. – Danke schön.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war der fraktionslose Abgeordnete Sagel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Weisbrich das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.